

Danziger Zeitung.

Nr 10118.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 H. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Abonnement - Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig anzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementpreis beträgt für die mit der Post zu versendenen Exemplare pro I. Quartal 1877 5 M.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:
Kettnerhagergasse No. 4 in der Expedition, Altsstädtischen Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Henning,
2. Damm No. 14 bei Hrn. H. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),
Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwinkowski, Kohlenmarkt No. 22 bei Hrn. Haack.
Brodhänken- und Kürschnergassen-Ecke bei Hrn. R. Martens,
Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam,
Nengarten No. 22 bei Hrn. Töws,
Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister Trostewer
Boggenpohl No. 32 im „Tannenbaum“.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Dezbr. Die "Provinzial-Correspondenz" drückt Eingangs ihrer heutigen Nummer die Ansprache des nationalliberalen Centralwahlcomites an das deutsche Volk ab.

Dasselbe Blatt bestätigt die Nachricht, nach welcher der Kaiser am Neujahrstage die Glückwünsche sämmtlicher Feldmarschälle und der commandirenden Generäle aller deutschen Corps in Empfang nehmen wird.

Der Kaiser wird den Landtag am 12. Januar eröffnen.

Hamburg, 28. Dezbr. Laut einer Privat-Depeche aus Montevideo vom 26. Dezbr. ist der von der südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehartete, der Hamburger Passagierfahrtsgesellschaft gehörende Danziger Goethe bei den Lobos-Ausläufern verloren; die Passagiere sind gerettet.

Die deutschen Justiz-Gesetz. Eine Ansprache des nationalliberalen Centralwahlcomites an das Deutsche Volk.

Als nach den Siegen des Jahres 1866 die Verfassung des norddeutschen Bundes unter langen und schwierigen Verhandlungen mit den Regierungen zum Abschluß gelangte, stimmte die Berliner Fortschrittspartei gegen dieselbe, indem sie die verankerte Verfassung für einen freiheitsgefährlichen Rückschritt erklärte.

Als das preußische Abgeordnetenhaus diese

neue Verfassung genehmigte, stimmte die Fortschrittspartei gegen diesen Beschuß, weil die Verfassung die Volksrechte beschränke und gefährde.

Als nach den noch gewaltigeren Siegen von 1870 die Verträge mit den süddeutschen Staaten die einzige gegebene Grundlage zur Herstellung des seit Jahrhunderten ersehnten deutschen Reichs gewähren sollten, stimmte die Fortschrittspartei gegen diese Verträge, lediglich weil Bayern einzelne Vorbehalte hatten zugestanden werden müssen.

Als im Jahre 1874 über unsere Heeressverfassung eine Einigung erzielt wurde, welche die Stärke und Festigkeit unseres Heerwesens mit den constitutionellen Rechten der Nation in Einklang brachte und die Rechte und Pflichten aller wehrfähigen Deutschen gleichmäßig regelte, stimmte die Fortschrittspartei gegen den Ausgleich, obwohl das deutsche Volk laut und deutlich seinen Widerwillen gegen einen neuen Militäraconflict in dem jungen deutschen Reich kund gab.

Damals handelte es sich um die Herstellung des Verfassungsgebäudes und die nothwendigen Schutzwehren für seine Befestigung und die Sicherheit der Nation. Heute steht die deutsche Freiheitseinheit, das innere deutsche Volkselement selbst in Frage. Heute stimmt wiederum die Fortschrittspartei gegen die Justizgesetze, welche nach jahrelanger Vorberathung und nach schweren Mühen und Arbeiten des Reichstages und der Bundesregierungen zum Abschluß gekommen sind, weil einige in Bezug der Presse gewünschte neue Freiheiten noch nicht erreicht sind. Die Freunde der nationalen Einheit, insbesondere die nationalliberalen Partei, werden auch diesmal von den Organen der Fortschrittspartei, im unnatürlichen Bunde mit der clericalen, radicalen und socialdemokratischen Presse des Berrath's an den Freiheiten der Nation beschuldigt. Das deutsche Volk wird aufgerufen, die Männer zu verlassen, welche seit einem Jahrzehnt an dem Aufbau des Reichs redlich mitarbeiteten und bis jetzt das Schiff des deutschen Staats glücklich durch alle Brandungen hindurch führen halfen. Verdächtigungen der schmähesten Art werden gegen den Charakter und die Geistigkeit der Männer geschleudert, die durch ihr gewissenhaft erwogenes Votum dem deutschen Volk die Wohlthat der Rechtseinheit retteten.

Dem deutschen Volke soll aber die Freude an der neuen Errungenschaft nicht verübeln werden. Es darf nicht glauben, daß es sich hier nur um ein Werk der Einheit und nicht auch der Freiheit handle. Unter dem wütenden Lärm des Tages, welcher lediglich Wahlzwecken dienen soll, darf der Irrthum nicht um sich greifen, als wenn die Einheit im Rechtsleben der Nation erkauf wäre durch schwere Opfer an Freiheit und Rechtsicherheit des Einzelnen. Dieses Blatt soll in kurzen Zügen unferen Landsleuten sagen und zeigen, daß die in alle Verhältnisse des Volks tief eingreifenden Justizgesetze, mehr als irgend ein anderes Gesetz der

lebten Jahrzehnte, Rechtsgleichheit und Freiheit fördern, vor Willkür und Belieben schützen, überall eine unabhängige, von allen äußeren Einflüssen freie Rechtspflege sichern, und eine rasche und billige Handhabung der Justiz gewährleisten.

Die Civilprozeßordnung beruht auf der Durchführung des Grundsatzes der Offenlichkeit und Mündlichkeit aller Verhandlungen.

Die Entscheidung des Richters stützt sich nicht mehr auf eine trockene Vorlesung der Akten, sondern auf das lebendige Bild, entnommen aus der Rede und Gegenrede der Parteien.

In voller Freiheit würdig der Richter die Beweismittel nach seiner inneren Überzeugung.

Er ist nicht mehr an die von den Juristen er-

fundenen, dem Laien unverständlichen Beweisregeln gebunden.

Die Parteien bewegen sich freier als bisher, sie bringen dem Richter die Thatsachen, sie führen vor ihm die Beweise, sie befragen selbst die Zeugen und Sachverständigen.

Nicht mehr das künstliche Recht der Justiz wird gesucht, sondern das wahre Recht des Volkes.

Vor den Amtsgerichten, welche nicht mehr allein in den größeren Städten, sondern auch in kleineren Bezirken auf dem Lande eingerichtet werden, kommen alle Vermögens-, Grundbuchs-, Hypotheken- und Depositsachen, sowie alle sonstigen Sachen der freimüttigen Gerichtsbarkeit zur Verhandlung. Dort kommen alle Prozesse bis zu 300 Mark und viele eilige und wichtige Sachen über diesen Betrag hinaus zur Entscheidung, während früher in Preußen vor dem Bagatellrichter nur Bagatellsachen bis zu 150 Mark entschieden wurden und sonst bei den entfernteren Kreisgerichten Recht zu suchen war.

Die Parteien führen in einem kurzen, an wenigen Formen gebundenen, mündlichen Verfahren vor dem Amtsrichter ihre eigene Sache, vor einem Richter, der mit dem Bezirk vertraut, Land und Leute kennt, seine Stellung als eine Lebensaufgabe betrachtet, und nicht wie der Bagatellrichter heute kommt, morgen geht und immer fremd bleibt.

Ein rasches und energisches Executions-Verfahren sichert den Kläger vor künftlichen Ver schleppungen.

Berufung an das Landgericht ist zwar gegeben, um vor Unrecht zu schützen, der Richter erster Instanz kann ohne vorerstige Willigkeit und Berücksichtigung siebzehn Tage eine Berufung die Urtheile für sofort vollstreckbar erklären.

Die neue Concursordnung erstrebt vor Allem eine rasche und zweckmäßige Vertheilung der Concursmasse und wird durch ihre Bestimmungen verhindern, daß die Masse sich zu Gunsten der Gerichtskosten und Advokaten verzehrt, wie dies bisher in vielen Landesteilen nur zu oft der Fall war.

Das Gerichtsverfassungsgesetz macht alle Richter in deutschen Landen von der Einwirkung der Ver-

waltung frei. Die Richter sind ohne richterlichen Urtheilspruch unabsehbar und unvertragbar.

Die Gerichtshöfe und die Abtheilungen derselben werden nicht mehr, wie vielfach bisher, von dem Justizminister zusammengesetzt; die Gerichts-Collegien selber vertheilen von Jahr zu Jahr ihre Geschäfte und bestimmen die Mitglieder der einzelnen Abtheilungen. Die Zusammensetzung eines Gerichts für eine einzelne Sache nach Wunsch der Verwaltung ist unmöglich. Auch im Vertretungsfall können Hilfsrichter nur unter der Beobachtung von Vorschriften zur Verwendung gelangen, welche die willkürliche Einwirkung auf die Besetzung der Gerichtshöfe ausschließen.

Cabinettsjustiz, wie sie teilweise noch in Mecklenburg, Sachsen und Meiningen bestand, darf nicht mehr geübt werden.

Die Bestimmungen über die Fähigkeit zum Richteramt sind für ganz Deutschland gleichmäßig geregelt. Jeder zum Richteramt Bestigende kann in jedem deutschen Staat angestellt werden.

Alle besonderen Gerichte und alle Ausnahmegerichte sind aufgehoben. Die Gerichtsbarkeit der Standesherrn und der Patrimonialherrn hört auf. Die Sprüche der geistlichen Gerichte haben in weltlichen Sachen keine Geltung mehr. Die politischen Ausnahmegerichte, insbesondere der preußischen Staatsgerichtshof, sind beseitigt.

Schwere Strafsachen werden abgeurtheilt vor den Geschworenen, leichtere Strafsachen und Polizeisachen vor dem Amtsrichter nebst zwei aus dem Volke von den Gemeinderäten genählten Schöffen. Die übrigen Strafsachen sind nicht wie bisher von 3 Richtern nach einfacher Mehrheitsbeschluß abzuurtheilen, sondern von einem Collegium von 4 Richtern, welches nur schuldig sprechen kann mit 4 gegen 1 Stimme.

Die Aufgabe der Geschworenen ist erleichtert, da die schweren Verbrechen gegen das Eigenthum (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug) den gelehrten Richtern überwiesen und so die Geschworenen von Geschäften entlastet sind, über welche sie und die besten Freunde des Instituts am meisten klagen. Die Befugnisse der Schöffengerichte zur Aburtheilung geringerer Vergehen sind erweitert, damit das Volk eine leichter zugängliche Rechtspflege erhalten und Klagen und Zeiterlänniss für Parteien und Zeugen vermindert werden.

Die Handelskammern sind in einer verbesserten Form als Glieder der Landgerichte mit vollem Simumrecht der Laien aufrecht erhalten.

Die Gewerbegerichte bleiben bestehen und sollen demnächst für ganz Deutschland eingeführt und besser geregt werden.

Eine Reihe wichtiger Bestimmungen sorgt für die unabhängige Bildung der Geschworenengerichte und für die Beteiligung der Gemeinden bei denselben.

Ein höchstes deutsches Reichsgericht wird die Rechtseinheit und die Rechtsgleichheit in unserm Volke wahren. Der Niedergang der deutschen

Kunstausstellung.

Die Einführung und Verwerthung ethnographischer oder archäologischer Studien in die darstellende Kunst ist verhältnismäßig neu. Antike Stoffe wurden selten genutzt, dann aber legte man wenig Gewicht auf absolute Treue des Nebenfächlichen, selbst auf das für die behandelte Zeit charakteristische in den Köpfen, Mienen und Gebrüden der Personen. Wir erinnern da an die Ermordung Cäsars von Kaulbach oder von Piloty, an die Iphigenie von Feuerbach, gewiß vortreffliche Kunstreiche, die indessen nur Menschen und Dinge an sich darstellen ohne große Rückblick auf den Charakter der Zeit, d. h. der antiken Welt. Der Triumph des Germanicus von Piloty geht noch einen Schritt weiter, er zeigt uns völlig moderne Menschen in den conventionellen Costümen der Antike. Die archäologistrende Richtung unserer modernen Malerei versucht nicht nur die ganze Umgebung, das Stillleben auf ihren Bildern mit peinlichster Treue der behandelten Zeit nachzubilden, sie läßt sich keine Studien verdringen um auch in den Geist jener Welt einzudringen, deren äußere Formen sie beherrscht, sie vergräbt sich Kunde von den Lebensgewohnheiten, dem Fühlen und Handeln ihrer Menschen, begnügt sich nicht mit dem Zustehen moderner Modelle nach antikem Schnitte, sondern sucht jene Gestalten wieder zu beleben, die uns auf alten Denkmälern und Malereien entgegentreten. Alma Tadema hat es in seinen Darstellungen antiken — griechischen, römischen, ägyptischen — Lebens zu hoher Meisterschaft gebracht, neuerdings begegnen wir auf allen Kunstaustellungen Nachfolgern in dieser Kunstrichtung.

Uns hier ist dieselbe neu. Das große Gemälde von Prof. Baur "Paulus vor der römischen Judengemeinde predigend" vertritt dieselbe auf der Ausstellung. Baur bricht hier mit allen Traditionen der religiösen Malerei. Er hebt den dargestellten Moment keineswegs in eine höhere, über alle Zeit erhabene Atmosphäre, nimmt den Paulus nicht als den zur Weltherrschaft berufenen, von der Glorie des Halbgottes umleuchteten Apostel. Er faßt seine Aufgabe streng realistisch, gibt uns Menschen wie sie damals gelebt haben in einer so wahren und treuen Umgebung, daß sich zwischen das römische sogar ein charakteristischer Zug des orientalischen Lebens mit seinen Gewohnheiten und Geräthen mischt, welches die Juden unfehlbar aus ihrer Heimat mit in die ewige

Stadt gebracht haben. Den Vorgang entnimmt der Maler den Aufzeichnungen der Apostelgeschichte, nach denen Paulus als Gefangener nach Rom gebracht, sich aufzuhalten konnte wo er wollte, von einem Kriegsmann begleitet. Er versammelte dort die Vornehmsten der Juden, um ihnen die neue Lehre zu predigen. Sie kamen zu ihm, hörten ihm zu, Manche wurden bekehrt, Viele wandten sich von ihm ab. Diese Versammlung reicher und vornehmer römischer Juden in einem antik römischen Hause will der Künstler uns schildern um ihum dies mit strenger realistischer Unterordnung unter den Charakter der Zeit und des Volkes. Die Umgebung versetzt uns in das Atrium eines römischen Hauses der Kaiserzeit. Der Mosaikfußboden, die Säulen, die herausgezogenen Sonnenmatten, das Geräth und die gesammte Dekoration des Lokales geben das Innere eines jener Häuser, wie wir sie auf dem Palatin, bei San Nero und Achilleo in Rom oder in Pompeji kennen gelernt haben, ein sehr einfaches allerdings, denn die kostbaren Wandmalereien fehlen. War es doch in einem Herberge. Den gesamten Raum nimmt die reiche jüdische Gesellschaft ein, die den Maler zu meist beschäftigt. Mannichfach ist die Wirkung, die die Feuerrede des hageren, jugendlich schlanken Apostels, der blau, hohlräufig und in Ketten eingeschlossen vor der Versammlung steht, auf diese üble Mütte, gelangweilt, halb entschlummert strekt sich der reichste und blasphemste der Gemeinde in seinem Sessel, neben dem ein Tischchen mit Erfüllungen steht. Disputirend, erregt, theils rabulistisch und verschmitzt, theils gefangen von den Worten gruppieren sich die Uebrigen nach dem Hintergrunde zu. Der edle, kindlich fromme Kopf des Jünglings in der Mitte ist offenbar der neuen Lehre gewonnen worden. Mit feiner Absicht hat der Künstler alle Leidenschaft, allen Zeloismus aus der Versammlung fern gehalten. Sie hören zu, ohne sich zu ereifern, sie wollen zunächst unterhalten sein durch einen interessanten Fremden, der offenbar zu machlos ist, um ihnen ihrer Stellung und ihrem Glauben irgend welche Gefahr zu bringen. Das ist der gemeinsame Zug, der durch diese ganze Judengesellschaft geht. Kaufleute, Priester, Gelehrte, Bürger, Weiber und Kinder gruppieren sich in ihren farbigen Gewändern höchst malerisch und coloristisch wirksam. Der Künstler hat uns Menschen wie sie damals gelebt haben in einer so wahren und treuen Umgebung, daß sich zwischen das römische sogar ein charakteristischer Zug des orientalischen Lebens mit seinen Gewohnheiten und Geräthen mischt, welches die Juden unfehlbar aus ihrer Heimat mit in die ewige

Treue, sondern auch eine brillante Farbenwirkung, die dieses Gemälde auch coloristisch zu einem Meisterwerk macht.

Gegen diesen brillanten Mittelpunkt tritt die Hauptgestalt des Apostels etwas zurück. Der schlanke junge Mann, abgezehrt und bleich, mit feuerprühenden Blicken ähnelt in seinem Zuge dem Bilde, welches die christliche Kunst entworfen hat. Er ist zuerst nur der interessante Redner, dessen Worte einen fremdartigen Reiz auf die Juden ausüben. Nichts Göttliches, nichts Übermenschliches will der Künstler darstellen und damit bringt er das Gemälde nicht nur unserem Verständniß, sondern auch unserem Herzen näher. Die Kriegsschneide und die neugierigen Römer verstehen offenbar die Sprache nicht, in der Paulus zu seinen Landsleuten redet, die Einen würfeln, die Andern schauen gleichgültig drein, nur der eine Graubart wendet den Blick theilnahmvolll auf den Gefangenen, als ob die Kraft von dessen Rede selbst dort noch wirke, wo diese nicht verstanden wird. Es lassen sich dem Werke Baur's alle Vorzüge nachdrücken; in Zeichnung und Anordnung ist es meisterhaft, seine Farbenwirkung zeugt von großer coloristischer Bravour, die Ausführung von Fleisch und Eiser, die Behandlung jeder Einzelheit von großem Studium. Das geistige Vermögen des Malers steht offenbar mindestens ebenso hoch wie das künstlerische; die Verbindung für historische Kunst hat diesmal einen überaus glücklichen Griff gethan.

Den Schilberungen antiken Lebens verwandt ist diejenige Richtung, die sich die Aufgabe stellt, daß Leben eines fremden Volkes, einer bestimmten Nationalität charakteristisch treu zu schildern. Diese ethnographischen Bilder sind uns schon etwas geäufiger als jene archäologischen, auch auf unserer Ausstellung treffen wir deren in größerer Zahl. Das bedeutendste unter allen ist Joseph Brandt's "Ukrainische Kosaken in's Feld ziehend", begrüßt die Steppe mit ihrem Kriegsgesang." Seit vielen Jahren hat sich in München eine Anzahl slawischer, meist polnischer Maler gebildet, die zwar von Kaulbach, Piloty, Lindenschmit, oder den dortigen Landschaften künstlerisch erzogen, doch ihre eigenen Wege gehen. Sie lieben es auch in der Kunst der Heimat treu zu bleiben und verstehen es meisterhaft, deren Landschaft mit den Menschen, Pferden, Häusern in eine melancholisch zusammenhängende Harmonie zu bringen. Da gibt es kein Fremdes, Gesuchtes, Ungehöriges, Alles stimmt zusammen, athmet dieselbe Luft, lebt in demselben Licht.

Besonders gern malen die Münchener Slaven Pferde, Reiter, vor einer Schenke haltend, Schlitten über das Blachfeld jagend, eine Jagd mit Bauern und Eselleuten. Chelimsky, der als Führer dieser Polenschule galt, ist leider vor Kurzem gestorben, sein jüngerer, gleich talentvoller Bruder weilt augenblicklich in Rom. Chelimsky steht gegen beide zurück und muß den Vortritt Joseph Brandt überlassen, der schon damals mit dem Verstorbenen wetteiferte. Brandt erweist sich in unserem Bilde als ein reifer, gebiegter Künstler, gleich tüchtig in Behandlung des Landschaftlichen und der Lust, die sonnenwarm und dunstig über der feuchten Erde lagert, wie in denjenigen der Gestalten. Dieses Gras, hochstengeliges Kraut, bunte Sommerblumen wuchern auf der Steppen, hier und dort blüht eine Wasserlache auf, der Grund ist feucht. Deshalb die üppige Unkrautvegetation, deshalb der schimmernde Dunst, deshalb sinkt manches der Pferde tief ein in den Boden. Diese Steppen besitzt aber einen melancholischen Reiz, ähnlich dem der Campagne und Brandt sagt uns das deutlich, ohne daß wir wissen, wodurch? In diese vaterländische Flur stellt der Künstler seine Kosaken mit ihren Pferden. Wie gehört und stimmt das Alles zusammen? Die phantastisch geschnürrten Natursöhne mit den Beutelmündern und den flatternden Ärmeln auf den kleinen Steppenpferden mit Rammsnase und Hirschhals jubeln lebhaft auf, als sie die unabsehbare, sonnige Grasbene erblicken. Der Führer auf edlem Ross reitet gravitätisch voran, die anderen aber werfen ihre Mützen in die Lust, schwenken sie auf den Lanzenspitzen und stimmen heitere Musik an. Es geht ein Klängen, Jauchzen und Jubeln durch diese eigenhümliche Scene, das wir mitempfinden, obgleich wir uns in einer fremden Welt fühlen, die wir nicht verstehen. Fremd sind uns die Männer, ihre Kleider, Waffen, Pferde, fremd ist uns auch die Landschaft, der Künstler aber zwingt uns Glauben und Überzeugung ab, denn er kennt das Leben seiner Nation, erfährt es und versteht es mit beredtem Realismus darzustellen. Man merkt ihm nicht nur die sichere Hand in Beherrschung aller Kunstmittel, man sieht ihm auch den nationalen Enthusiasmus an, und diese Wärme, diese Kraft, unterstützt von der sichersten Pinselführung und einem feinen Farbengefühl gewinnt dem Bilde sofort die Sympathien des Beschauers. Auch hier wirkt nicht nur genaue Kenntnis der Volksart

Nation kennzeichnete sich an dem Niedergang der Reichsgerichte gegenüber den Gerichten der Einzelstaaten. Das wiedererstandene deutsche Reich richtet in seinem höchsten Gerichte die unerhörliche Grundweise des nationalen Rechtslebens wieder auf. Dieser Fortschritt allein würde die Zustimmung zu den wertvollsten Errungenen der Nation machen.

Die Strafprozeßordnung überweist die Verfolgung der Verbrechen und die Erhebung der Anklagen, nicht wie bisher in den meisten deutschen Ländern ausschließlich der Staatsanwaltschaft, sondern gibt jedem Einzelnen das Recht der Anklage bei Beleidigungen und leichten Körperverletzungen und gestattet dem Verleideten in allen andern Fällen bei verweigerter Erhebung der Anklage die Beschwerde an das Oberlandesgericht, dessen Spruch der Staatsanwalt sich unterwerfen muß.

Der Gerichtsstand der Ergreifung fällt weg; jeder Deutsche darf nur abgeurtheilt werden an seinem Wohnsitz oder am Orte der verübten That.

Die Gründe der Verhaftung und die Falle ihrer Zulässigkeit sind beschränkt. Der festgenommene ist sofort dem Richter vorzuführen, welcher ihn sogleich wieder entlassen kann, und ihn entlassen muss, wenn nicht binnen einer Woche die öffentliche Klage erhoben ist und wenn nicht außerdem der Richter die Fortdauer der Haft für gerechtfertigt hält. Nur der Richter kann die Dauer dieser Haft auf höchstens vier Wochen verlängern.

Nach erhobener Klage ist die Dauer der Verhaftung nur zulässig bei dringendem Verdacht der Flucht oder wenn Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß der Angeklagte die Spuren der That vernichtet oder Zeugen und Mischuldige zu falschem Zeugnis verleiten will. Bloße Vermuthungen sind ausgeschlossen.

Eine Reihe anderer Bestimmungen sichert den seiner Freiheit Beraubten gegen Missbrauch und gewährt ihm überall richterliches Gehör. Dem Untersuchungsgefange ist jede Freiheit zugeschlagen, welche mit dem Zweck der Untersuchung verträglich ist. Insbesondere ist ihm eine humane und seinen Lebensgewohnheiten angemessene Behandlung im Gefängnis gewährleistet.

Haussuchungen und Beschlagnahmen können unter sichernden Formen nur im Fall des äußersten Verzugs von den Beamten der Staatsanwaltschaft und der Polizei vorgenommen werden. Alle von der leichteren vorgenommenen Beschlagnahmen sind dem Richter binnen 3 Tagen zur Bestätigung vorzulegen, wenn bei der Beschlagnahme der Betroffene oder ein Angehöriger nicht anwesend war, oder doch gegen die Beschlagnahme Widerspruch erhoben hat. In allen anderen Fällen kann der Betroffene jeder Zeit gerichtliche Entscheidung fordern.

In Beschlag genommene Papiere müssen der Staatsanwalt versiegeln dem Richter, der allein zur Durchsicht berechtigt ist, überliefern. Briefe und Telegramme dürfen nur dann in Beschlag genommen werden, wenn sie an den Beschuldigten selbst gerichtet sind, oder wenn bestimmte Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie für ihn bestimmt sind oder von ihm herriethen und für den Zweck der Untersuchung von Bedeutung sind.

Nicht wie bisher erst bei der Schlussverhandlung, auch schon während der Voruntersuchung kann der Beschuldigte einen Vertheidiger nehmen. Ist er verhaftet, so steht ihm dennoch der schriftliche und mündliche Verkehr mit dem Vertheidiger frei. Nur der Richter kann anordnen, daß den Unterredungen des Vertheidigers mit dem Beschuldigten eine Gerichtshilfe beinhaltet und dies auch nur dann, wenn die Verhaftung nicht lediglich wegen Fluchtverdachts gerechtfertigt ist.

Um Überrumpelungen und Übereilungen zu verhüten, ist vorgeschrieben, daß in vielen wichtigeren Fällen eine Voruntersuchung stattfinden muß.

In allen anderen Fällen kann nicht der Staatsanwalt allein, sondern auch der Beschuldigte sie verlangen, wenn er erhebliche Gründe anführt, daß sie für seine Vertheidigung notwendig sei.

Vor Größnung des Hauptverfahrens muß dem Beschuldigten eine Anklageschrift eingehängt werden, welche ihm Kenntnis gibt von der erhobenen Anklage, der wider ihn behaupteten That und den vorgebrachten Beweismitteln. Der Beschuldigte kann auch dann noch eine Voruntersuchung fordern oder die Erhebung einzelner Entlastungsbeweise beantragen, oder sonstige Einwendungen gegen die Größnung des Hauptverfahrens vorbringen.

Auch in der Hauptverhandlung kann der Angeklagte, was bisher in Preußen und anderen Ländern nicht der Fall war, die Zeugen für seine Vertheidigung selbst laden. Die Staatskasse hat die Auslagen für diese Zeugen zu ersetzen, falls dieselben für die Aufklärung dienstens waren.

Durch eine Anzahl von Bestimmungen ist in weit größerem Umfang als bisher das Recht der Angeklagten, Beweismittel vorzubringen, die Abhörung der von ihm vorgeführten Zeugen zu verlangen, die Zeugen und Sachverständigen selbst zu befragen, gesichert worden.

Das sorgfältig geregelte Recht des Angeklagten,

die Aussetzung der Entscheidung zu fordern, beziehungsweise zu beantragen, hat den Zweck, ihn vor Neberrumpelungen zu schützen.

Der verurtheilte Angeklagte endlich kann, wenn er sich für unschuldig hält, in einer gegen das bisherige Verfahren außerordentlich erleichterten Weise bei Vorführung neuer Beweismittel die Wieder-aufnahme des Verfahrens fordern und den Nachweis seiner Unschuld führen.

Gegen die Urtheile der Schöffengerichte ist die Berufung an die Landgerichte gegeben.

Wenn es sich nicht um Uebertretungen handelt, so ist auch über diese Berufungen von 5 Richtern abzuurtheilen.

Dem freigesprochenen Beschuldigten kann das Gericht nach den Umständen des Falles den Erfolg der nothwendigen Auslagen aus der Staatskasse zusprechen.

Diese und viele andere Bestimmungen haben den Zweck, neben einer ernsten und rätschen Verfolgung des Verbrechens doch zugleich die notwendige Sicherheit für den Verfolgten und für die Vertheidigung des vielleicht unschuldig Angeklagten zu gewähren. Fast überall in Deutschland werden hierdurch große Fortschritte gemacht, nirgend wird ein Rückschritt zugelassen. Selbst die heftigsten Gegner der Reformen haben dies nicht zu behaupten gewagt.

Auf Grund dieser großen Reichsgesetze wird in Zukunft in allen deutschen Landen von gleichmäßig und unabhängig besetzten Gerichten gleiches Recht für Alle gesprochen werden. Die gleichen Vorschriften über das Verfahren werden überall gelten. Nicht allein die rechtsgelernten Juristen werden die Gesetze verstehen, auch Febermann aus dem Volke wird sie handhaben lernen.

Dem Handel und Verkehr wird dadurch große Förderung zu Theil. Das bereits geschaffene einheitliche Verkehrsleben wird erst durch das einheitliche Rechtsleben zur vollen Geltung gelangen.

Erst jetzt ist die Herstellung eines einheitlichen bürgerlichen Rechts, an welchem schon heute bewährte Kräfte der Nation im Auftrag des Reichs arbeiten, möglich. Alle deutschen Gerichte, auch wenn sie verschiedenen Staaten angehören, leisten sich gegenseitig Rechtshilfe und haben sich als Gerichte derselben Staats zu betrachten.

Diese hier, nur in aller Kürze gekennzeichneten Gesetze hat die Mehrheit des Reichstags und insbesondere die national-liberale Partei in mühsam errungenem Einverständniß mit den Regierungen zu Stande gebracht, weil sie in ihnen eine unerlässliche Nothwendigkeit für die Entwicklung

des Reichs und den größten seit Jahrhunderten gemachten Fortschritt erblickte.

Die Minderheit, zusammengesetzt aus Clericalen, Polen, Sozialdemokraten und Fortschrittspartei hat die Gesetze verworfen, weil sie eine Verständigung mit den Regierungen über die von diesen beanstandeten Punkte als der Würde des Reichstages nicht entsprechend erachtete und auf einzelne dieser Punkte selbst gegenüber dem großen Ganzen ein einseitiges Gewicht legte.

Der Bundesrat hat zu verschiedenen Malen sowohl in der Commission, als im Reichstag sich den Wünschen des Reichstags gefügt. Schließlich nach der zweiten Lefung blieben noch 17 Punkte übrig. Obwohl der Bundesrat dieselben für unannehmbar erklärt, hat er dennoch in den letzten seitens der Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei geführten Verhandlungen auch bezüglich dieser Differenzenpunkte in den wichtigsten Beziehungen nachgefragt. So wurde die Beschränkung des Unflagemonopols der Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Verlegten zugestanden, die freie civilrechtliche und strafrechtliche Verfolgung von Amtsüber-schreitungen der Beamten grundsätzlich gegeben, nur daß in Preußen und einigen andern Ländern wo bisher die Verfolgbarkeit der Beamten aus Amts-handlungen von dem Belieben der Kompetenzgerichtshöfe oder anderer Verwaltungsbehörden abhing, in Zukunft die Frage, ob eine Verlezung von Amtspflichten vorliegt, vom Reichsgericht oder von den völlig unabhängigen höchsten Verwaltungsgerichtshöfen entschieden werden soll. So wurden die Beschlüsse des Reichstags

in Betreff der Durchsicht von in Beschlag genommenen Papieren,

der Beschlagnahme von Briefen und Telegrammen, der Nichtheilnahme der Verweisungsrichter an der Urtheilsfällung,

des Erfuges der Auslagen an den Freigesprochenen,

der Zusammenfassung und des Verfahrens der Kompetenzgerichtshöfe,

noch im letzten Augenblick von dem Bundesrat voll oder mit unerheblichen Änderungen zugestanden.

Nur einige auf die Presse bezügliche Bestimmungen blieben beanstandet. Aber auch in dieser Beziehung ist wenigstens kein Rückschritt gemacht.

Nach wie vor werden in den süddeutschen Staaten Geschworene über Preszvergehen aburtheilen.

Die Ausdehnung der Befreiung vom Zeugniszwang, der den verantwortlichen Redakteur nach allgemeinen Bestimmungen nicht trifft, auf Verleger, Redacteur und Drucker, sowie das Hilfspersonal, ist zwar nicht erreicht, aber wegen Zeugnisverweigerung kann nicht mehr wie bisher eine Strafhaft auf unbestimmte Zeit, sondern höchstens auf 6 Monate erkannt werden. Dem Richter allein liegt es ob, zu prüfen, ob die eidliche Vernehmung nach den Umständen des Falles gesetzlich zulässig ist, während bisher das Belieben des Staatsanwalts entschied.

Endlich darf erwartet werden, daß das höchste Reichsgericht auch hier eine einheitliche, durch die Lage der Presse gebotene Praxis einführen werde.

Die fallen gelassene Bestimmung über den Gerichtsstand der Presse hatte nur eine formelle Bedeutung, da die höchsten deutschen Gerichtshöfe schon bisher in dem Sinne erkannt hatten und in Zukunft erkennen werden, daß die in einem erschöpften Blatt verübte strafbare Handlung lediglich am Ort der Herausgabe des Blattes ihren Gerichtsstand finde.

Das deutsche Volk mag sein Urtheil sprechen, ob es berechtigt war, solche Gesetze um solcher Streitpunkte willen fallen zu lassen! Ob in einem monarchischen Staate die Volksvertretung beanspruchen darf, die Gesetze in allen einzelnen Beziehungen allein nach eigenem Belieben zu machen und ob es der Würde der Volksvertretung zuwidert, mit den Regierungen einzutreten, vielleicht zu weit gehen möchte, betont die „République Française“.

Das deutsche Volk mag urtheilen, ob ihm mehr die Politik einer friedlichen Einigung mit den Regierungen auf den für Einheit und Freiheit günstigen Grundlagen, oder die Politik des Conflicts kommt!

Das deutsche Volk mag urtheilen, wohin es mit unserem deutschen Vaterland gekommen wäre, wenn bei jedem großen Gesetzgebungswerk, von der Gründung des norddeutschen Bundes an bis heute, diejenige Partei sich im Bunde mit den Feinden des Reichs der Mehrheit des Reichstags bemächtigt hätte, gegen deren Stimmen alle großen bisher errungenen Fortschritte gemacht sind!

Das deutsche Volk hat hierüber in früheren Zeiten bereits sein Urtheil gesprochen und wir zweifeln nicht, daß es bei den bevorstehenden Wahlen den gleichen Spruch fällen wird.

Neukere Gefahren und innere Conflicte haben wir genug, das deutsche Volk wird nicht wollen, daß seine Vertreter mutwillig neue suchen.

Deutschland.

△ Berlin, 27. Dezbr. Die Erwägungen innerhalb der preußischen Regierung, welche darauf gerichtet sind, das Material für den preußischen Landtag auf ein möglichst kleines Maß zu beschränken, haben dahin geführt, von der Wieder- vorlegung der Städte-Ordnung in der nächsten Session Abstand zu nehmen. Dagegen wird der Entwurf, welcher die Verhältnisse der Provinz Berlin ordnet, als eine unauffassbare Angelegenheit angesehen und daher nicht länger vertagt werden. Es sollen bei der Feststellung des neuen Entwurfes wichtige principielle Punkte angenommen werden sein, welche als ein Ergebnis der vorjährigen Commissionsberatung zu betrachten sind. Es liegt in der Absicht, den Entwurf auszudehnen auf die Verfassung und Verwaltung der Provinz und Stadt Berlin, d. h. also, es soll die Verfassung der Stadt Berlin außerhalb der allgemeinen preußischen Städteordnung geregelt werden. Man wird sich erinnern, daß derartige Vorschläge vielfach während der Berathung der Städteordnung gemacht worden sind und zwar unter Hinweis darauf, daß die Stadt Berlin mit ihrer mächtigen Ausdehnung und den ihr entsprechenden absonderlichen, kommunalen Verhältnissen nicht in den Rahmen der allgemeinen Städteordnung hineinpassen, sondern hier die allgemeinen Verhältnisse in nicht zuträglicher Weise beeinflussen könne. Es liegt im Plane, die Stadtverordneten-Versammlung mit den Befugnissen der Provinzialvertretung zu betrauen und die Stadt Charlottenburg, sowie den nördlichen und südlichen Landkreis hinzuzuziehen. Wahrscheinlich wird der Magistrat die Befugnisse des Provinzial-Ausschusses erhalten, doch scheinen die näheren Modalitäten noch nicht festzustehen.

Posen, 27. Dezbr. An Stelle des zum Abgeordneten für den Wahlkreis Wreschen-Pleschen gewählten Rittergutsbesitzers v. Lubienksi war bekanntlich die Neuwahl eines Abgeordneten auf den 2. d. M. anberaumt worden, da Sr. v. Lubienksi keine Erklärung über die Annahme der Wahl innerhalb der gesetzlichen Frist abgegeben haben sollte. Nachdem sich herausgestellt, daß die Unterlassung dieser Erklärung auf einem Mißverständnis beruhete, ist, wie jetzt amtlich mitgetheilt wird, der Termin zur Neuwahl aufgehoben worden. — Für französische Rechnung — schreibt man der „Post“ — sind in den letzten Tagen in unserer Provinz bedeutende Preszen anläufe gemacht worden. Das hiesige Polizeipräsidium hat bereits seit vierzehn Tagen diesen Pferdeanlauf eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und wie wir hören, darüber an das Ministerium berichtet.

Frankreich.

+++ Paris, 26. Dezbr. Während das „Journal des Débats“ fürchtet, daß der Senat in der Ausübung des sich angemachten Rechtes in die Budget-Aufstellung einzutreten, vielleicht zu weit gehen möchte, betont die „République Française“.

typischen Neuzen der italienischen Volksart begriffen oder wenigstens mit dem Pinsel erfaßt wird. Die Jerichau vermochte das einst, das sehen wir an den „belle viole!“ in unserem Museum. Die Coccianen sind ein eigentümlicher Menschenschlag, nicht ohne alle Koketterie, doch aber ihrer hohen Schönheit unbewußt, kindlich und verschmitzt, fromm und durchtrieben, tiefe dunkle Schönheiten, darunter selbst die Kruste von Schmutz nicht übel zu Gesicht steht. Was man aus diesen entzückenden Geschöpfen Alles machen kann, beweist unsere Ausstellung. Caroline Pockels, Margaretha Löwe und Herr Donner haben wohl ein halbes Dutzend solcher Italienerinnen auf die Leinwand geworfen, darunter nicht eine, der man ihre Nationalität glaubt. Fleißig gemalt ist die Spinnerin Donner's, wer aber die herrlichen Weiber in Palestrina, Olevano, Cori oder einem andern entlegenen Gebirgsstädtchen jemals gesehen hat, wie sie, unbewußt ihrer hohen weiblichen Schönheit und Majestät, der Gravitas, die allen römischen Weibern angehören scheint, auf der Steinschwelle ihres Hauses oder am Baume sitzen und den Hafen aus der antiken Spindel ziehen, wer diese Gestalten mit Zuber oder Wasserkrug auf dem Haupte einherschreiten gesehen wie wandelnde Karpatiden, der wird doch immer glauben, alle diese Mädchenköpfe seien auf einem Maskenballe aufgelesen.

Bon sonstigen Studienköpfen zeigt die Ausstellung nicht viel, von Portraits noch weniger. Unter Letzteren wird ein schöner bäriger Männerkopf von Peterert in Dresden am günstigsten in's Auge fallen, am wenigsten gehörten einige Studienköpfe auf eine Kunstausstellung, welche Dilettantenarbeit doch eigentlich ausschließt. Auch die beiden Bildnisse des Kaisers sind nur sehr mäßige Leistungen. Wie wir hören, hat jedoch Paul Meyerheim, der berühmte Thiermaler, den Auftrag erhalten, für das Stadtmuseum das Bildnis des alten Meyerheim, geborenen Danziger wie Ed. Hildebrandt, zu malen und zwar in der selben Größe wie dieses Porträt von Gustav Richter. Da wird sich denn voraussichtlich die Ausstellung noch mit einem wertvollen Bildnis schmücken, durch welches unser Museum zuerst als direkter Besteller auftritt. Freiersleben aus Weimar, der lebhaft einen sehr hübschen, in Königsberg verkauften Schlittschuhläufer ausgestellt hatte, steht mit einigen Köpfen im Katalog, die wir bisher nicht haben auffinden können.

Überhaupt, sondern ebenfalls genaues Studium der Zeit und ihrer Neuerlichkeiten mit dem Talente zusammen, um dem Volke alle Qualitäten eines wirklichen Kunstwerks zu geben. Den Königsbergern kann man Glück wünschen, daß sie dasselbe als dauernden Besitz für ihr Museum erworben haben.

Das Bestreben, bestimmte Seiten und eigentümliche Volksart zu schildern, führt unsere Maler jetzt nicht selten in frühere Jahrhunderte deutschen Lebens. Das alte deutsche Genrebild ist fast zur Liebhaberei geworden und Maler ersten Ranges, wie Flüggen, Max, Fritz Kaulbach und viele Düsseldorfer versuchen ihre Kraft daran. Eine ganz vorzülfliche Arbeit solcher Art ist die „junge Mutter“ von Emil Seelbayers in Düsseldorf. Der Künstler, uns bisher unbekannt, giebt sich hier sofort als ein Meister. Er versteht Ton und Stimmung festzuhalten und auf's Feinste durchzuführen, die Farbenwirkung ist eine ungemein zarte, wohlthuende, die Zeit, das 16. Jahrhundert, ist bis auf die kleinsten Nebensachen treu geschildert, nicht nur in der gesammelten Zimmereinrichtung, den Bettvorhängen von schweren geblümten Stoffen, den Kleidern der Personen, den Möbeln und Gehräthen, sondern auch in den drei Menschen selbst.

Das sind wahrhaftig keine Modelle in altväterliche Kleider gestellt, sondern Gestalten aus jener Zeit mit den typischen Eigenthümlichkeiten, den denselben Geschick und vielleicht noch besserem Erfolge erfährt und wiedergegeben, als es Lindschmit auf seinen historischen Bildern aus derselben Periode thut. Seelbayers treibt keinen Aufwand mit der Farbe, das gebrochene Weiß und das stumpfe Braun genügen ihm, um ungemein reizvolle Tönungen hervorzubringen und dabei eine wohlthuende Stimmung über das Ganze zu breiten, wie sie solchen rein zuständlichen Darstellungen besonders gut entspricht. Hier wird wieder recht deutlich der Satz bewiesen, daß nicht das Was, sondern das Wie den wahren Künstler macht.

Defregger ist Humorist, er braucht und wählt deshalb lebhafte Actionen, zeigt uns seine Landsleute in Freude oder Schmerz, in stark bewegten Gruppen. Rieffstahl's Tiroler haben immer etwas Feierliches, es sind nicht die Menschen am Werktag, sondern bei festlicher oder sonst außergewöhnlicher Veranlassung, immer aber in derjenigen Stunde, Würde und Beschaulichkeit, in der der Bauer sich bei solcher Gelegenheit sehr gefällt. Der Künstler oft lebhaftes malt, meint man ihn in allen seinen neuen Bildern schon zu kennen. Das kann indessen nur der oberflächliche Beschauer sagen. Wer genau zuseht, der findet immer

dass es sich hier durchaus nicht um einen größeren oder kleineren Eingriff in die ausschließlichen Privilegien der Deputirtenkammer, sondern um eine direkte Verlezung der Constitution von Seiten des Senats handelt. Mit der ersten Wiederherstellung des von der Deputirtenkammer in der Budgetberatung abgestrichenen Postens habe der Senat seine Befugnisse überschritten und sich außerhalb des Gesetzes gestellt. Es sei außerdem ganz klar, dass der Senat durch die Wiederherstellung fast sämtlicher von der Deputirtenkammer gefürchteten Posten sein gegen die Verfassung beanspruchtes Recht, in Budget-Angelegenheiten eine entscheidende Thätigkeit auszuüben, festzustellen und so Präcedenzfälle zu schaffen beabsichtige. Der Senat sei darauf aus, Mittel und Wege zu finden, die Budget-Thätigkeit der Kammer zu controlliren und man könne nicht im Vorraus wissen, ob der Senat nicht noch vor Ablauf des Jahres seine selbstgeschmiedeten Waffen gegen die Deputirtenkammer zu fehren beabsichtige. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, dass der Senat mit seinen Credit-Restitutionen nichts Andres bezwecke, als die Deputirtenkammer zu nochmaliger, ruhiger Erwägung der von der Regierung verlangten Credite zu veranlassen, und dass demgemäß die zum zweiten Male von der Kammer geprüften Budgetvorlagen nicht wieder zum Gegenstand der Ausübung der vom Senat beanspruchten Befugniß der Einmischung in Budgetfragen gemacht werden, sondern ohne Aenderung an die Deputirtenkammer zurückgehen würden. Das wäre ein Resultat, welches zwar die sogenannten Gemäßigten befriedigen dürfte, weil dadurch ein directer Conflict zwischen Kammer und Senat und eine mögliche Auflösung der Ersteren vermieden würde, aber den nach Recht, gefundern Vernunft, Traditionen und Grundsätzen gänzlich unhaltbare Prätensionen des Senats trocken den Sieg belassen würde. Das Recht der Deputirtenkammer in Budget-Angelegenheiten wäre dann einmal verletzt und der Senat würde diese Waffe gegen die Kammer fortan stets in Bereitschaft halten, um zur geeigneten Zeit davon unbeschränkt und beliebigem Gebrauch zu machen.

Das Budget-Bewilligungsrecht der Deputirtenkammer ist eine ursprüngliche, essentielle, für diese Versammlung charakteristische Befugniß, weil sie einen Theil der Machtvolkommenheit des souveränen Volkes bildet, welches von der Kammer direkt vertreten wird. Obgleich der Senat ebenfalls aus Wahlen hervorgeht, ist es doch ein Oberhaus, wie solche in den meisten Verfassungen vorgesehen sind, und in Belgien und den Niederlanden z. B. existieren. Weder das belgische noch das niederländische Oberhaus hat Budget-Befugniß, und in Frankreich selbst hat es elective Oberhäuser, wie z. B. le conseil des Anciens, die Senate aus den Jahren VIII., 1802 und 1804, le Senat de l'Acte additionnel von 1815 gegeben, die sämmtlich nicht daran gedacht haben, sich das Budgetrecht anzumaßen, wie es der französische Senat vom Jahre 1876 für sich in Anspruch nimmt. Daraus folgt, dass der elective Charakter des Senats kein Argument zu Gunsten seiner Budget-Berechtigung sein kann. Das Budget-, das Geld-Bewilligungsrecht ist zu allen Zeiten als eine nothwendige, unbestritten Machtvolkommenheit des Unterhauses angesehen worden, derjenigen legislativen Körperschaft, welche aus den Wahlen der Stauenzahler hervorgeht und aus Bevollmächtigten der Nation besteht, welche zu dem ganz speciellen Zweck dahin gerichtet werden, die finanziellen Angelegenheiten des Staates zu reguliren. Die Deputirtenkammer müsse deshalb fest und einig diesem Ansinnen des Senats widersetzen. Wenn sie es einmal zuließe, dass ihr ausschließliches Privilegium verletzt wird, würde ihr Geldbewilligungsrecht imaginär. Das Land würde niemals begreifen können wie seine Vertreter es hätten mogen können, eine Machtvolkommenheit aus den Händen zu geben, die ihnen ganz ausgeschließlich anvertraut worden und die sie ungeschmälert ihren Nachfolgern zu überliefern verpflichtet gewesen wären. Eine derartige Nachgiebigkeit wäre in der That unverzeihlich. Das Geldbewilligungsrecht der Deputirtenkammer sei nicht allein die wichtigste ihrer Praerogative, sondern auch der einzige Hebel, vermittelst dessen die Kammer einen Einfluss auf den Gang der öffentlichen Angelegenheiten, auf Gesetz- und Verwaltungs-Reformen auszuüben im Stande ist. Wenn die Kammer sich dieses Rechts beraubt ließe, verlöre sie mit demselben Schlag ihre ganze Existenz, denn wenn der Senat zu seinem Recht der Auflösung auch noch das Geld-Bewilligungsrecht sich arrogirte, so könnte man fortan ständig nicht mehr von zwei Kammern sprechen, es gäbe dann nur noch eine einzige legislative Körperschaft, den Senat, der dann Alles vermag und die Mittel hat alles durchzusehen was er will, während die Deputirtenkammer zu einem blauen Schatten einer legislativen Versammlung, zu einem ohnmächtigen Phantom herabstünde. „Diejenigen, sagt die République“ zum Schluss ihres längeren Artikels, „welche darauf bestehen, die Prätensionen des Senats zu unterstützen, spielen ein gefährliches Spiel. Indem sie dem Senat ein Zugeständniß machen, dessen Ausführung nicht möglich wird ohne Verlezung der unbestreitbarsten Prärogative der Deputirtenkammer, zerstören sie das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Staatsgewalten, welche die Verfassung vorgesehen hat, und bringen Verwirrung in einen Bereich der staatlichen Existenz, in welchem die strengste Ordnung und Harmonie unabmebbare Nothwendigkeit ist.“ — Der Senat beschäftigte sich heute mit dem Budget des Arbeits-Ministeriums und schritt nach Beendigung derselben zur allgemeinen Beratung des Ausgabe-Budgets. — In der Deputirtenkammer brachte der Finanzminister den Gesetzentwurf über die Einnahmen für 1877 ein. Die vom Minister verlangte Dringlichkeit wurde ohne Widerspruch zugestanden. Gambetta beantragte seitens des Budget-Ausschusses sofortige Abstimmung über das Einnahme-Budget, in dem er bemerkte, dass der Artikel über das Gleiche zwischen Einnahmen und Ausgaben vorbehalten sei, ohne dass daraus ein Präcedenzfall gemacht werden könne. Der Finanzminister erklärte, nach Kräften dahin wirken zu wollen, beide Budgets zugleich zur Abstimmung gelangen zu lassen. Das Einnahme-Budget wurde angenommen, worauf der Finanz-Minister bemerkte, dass der Senat wahrscheinlich heute mit dem

Ausgabe-Budget fertig werden würde, so dass morgen bereits das Budget der Kammer vorliegen würde. Sollte bis zum Sonnabend ein Einvernehmen zwischen beiden Häusern nicht erzielt werden können, so würde ein Gesetzentwurf zur Bewilligung eines provisorischen Zwölftels vorgelegt werden müssen. Falls die Kammer morgen keine Sitzung halten sollte, würde das Ministerium den Gesetzentwurf über das Ausgabe-Budget dem Präsidenten des Hauses zugehen lassen.

Belgien.

Brüssel, 27. Dezbr. Die belgische Presse fängt in der Bulgarien betreffenden Angelegenheit an, eine Schwenkung zu machen. Mehrere Blätter sprechen sich günstig über den Vorschlag aus.

Spanien.

Madrid, 20. December. Die Nachrichten aus dem Norden sind keineswegs befriedigender Art. Die Bassen wollen sich anscheinend die Aussöhnung zum Militärdienste nicht gefallen lassen und man befürchtet ernstliche Conflicte. Aber auch die Partei Ruiz Zorrilla bleibt nicht unthätig und würde wahrscheinlich noch viel mehr von sich reden machen, wenn ihr nicht die französische Polizei so genau auf die Finger sähe. Denselbe der Pyrenäen verfolgt man nach wie vor nur die Republicaner. Die Herren Escoriaza und Zabalete wurden gefesselt wie Raubmörder von Hendaye nach Tarbes geführt. Verbrecher wie Rosa Samaniego und Santo Cruz sind dagegen auf freiem Fuß und agitieren für die carlistische Sache. Alle Vorstellungen und Bitten um Auslieferung dieser gefährlichen Kerle sind erfolglos geblieben, während ein Wink genügte, um den Agenten Zorrilla's eine unmenschliche Behandlung angedeihen zu lassen.

England.

London, 26. Dezbr. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Konstantinopel telegraphiert, dass in der ersten ordentlichen Sitzung der Conferenz am letzten Sonnabend Safvet Pascha ein langes Memoir abgelesen habe, um nachzuweisen, dass die jogenannten bulgarischen Greuel in Wahrheit unscheinbare Ruhesörungen gewesen wären, dass aber Marquis Salisbury ihn unterbrochen und bedeutet habe, es sei räthlich, auf diese Angelegenheit gar nicht mehr zurückzugehen. Die Ansicht des britischen Bevollmächtigten habe auch General Ignatiess getheilt. Herr v. Chaudorbry proponierte, dass die beschlossenen Regulationen innerhalb dreier Monate zur Ausführung gebracht werden sollten. Am Sonnabend wurde in den Straßen von Pera eine Beilage zur „Turquie“ verkauft, die den an Midhat Pascha gerichteten „Hatt“ des Sultans enthielt, in welchem derselbe darthut, dass die in der Verfassung vorkommenden freisinnigen Bestimmungen in Übereinstimmung mit den „cheri“ (heiligen Gesetzen) wären und den Grossen Bezirk auffordert, die durch den großen türkischen Reform-Freibrief anbefohlenen neuen Einrichtungen sofort in's Leben treten zu lassen. Vor dem Hotel der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel haben am Sonnabend Abend Demonstrationen der Sofia's stattgefunden, bei denen die Russen „Lange lebe der Sultan!“ und „Nieder mit Russland!“ gehörten. Ein gestern von Konstantinopel hier angekündigtes Telegramm bringt die Nachricht von dem Widerruf des Decrets vom 6. October 1875, wonach für die nächstfolgenden fünf Jahre nur eine Hälfte der Zinsen auf die türkischen Staatspapiere gezahlt werden sollte, und berichtet, dass die türkische Regierung ihre Absicht kundgegeben wird, den ganzen Coupon zu zahlen, sobald die Umstände es nur irgend gestatten. — Das Urtheil der hiesigen Blätter über die neue türkische Verfassung geht ziemlich übereinstimmend dahin, dass sie weit mehr enthalte, als der niedrige Bildungsgrad der Bewohner des türkischen Reiches an freisinnigen Institutionen beanspruchen könne, aber in Bezug auf die beim Gebotenen vorherrschende Abhängigkeit und auf den guten Willen, das Gebotene durchzuführen, stehen sie sich ebenso jährlig gegenüber, wie in ihrer bisherigen Auffassung der schwelenden Wirren. Demgemäß, meint die „Times“, dass bei allem Guten, welches diese Verfassung enthalte, Bürgschafts-Forderungen für die Sicherheit der Christen unerlässlich seien, und „Daily News“, dass die ganze Midhat'sche Arbeit nichts anderes als eine den Großmächten hingeschleuderte Herausforderung sei; wogegen „Post“, „Standard“ und „Daily Telegraph“ die hohe Bedeutung dieser Wandlung hervorheben und es ungerecht finden würden, wenn die Mächte den Zugeständnissen des neuen Sultans und seines Großvaters mißtrauen sollten, bloß weil frühere Sultane und Großväter ähnliche Zugeständnisse unvollständig gelassen hätten. — Die seit Freitag wütenden, seit gestern gemilderten Stürme im Norden verursachten zu Wasser und zu Lande viel Schaden. Hier herrschte Windstille, aber abschauliches Schne- und Regenwetter beeinträchtigte die Vergnügungen der Festtage. — Vom 25. wird dem „Telegraph“ gemeldet, dass der englische Botschafter Sir H. Elliot demnächst nach England zurückkehren werde, weil durch die Aufregungen der letzten Tage ein heftiges Unwohlsein noch bedeutender geworden sei. — Gestern nahm die offizielle Untersuchung über die Veranlassung zu dem Eisenbahnhunfall der am Sonnabend Nachmittag den Express-Zug von Kingscrown nach Manchester betroffen hat, ihren Anfang. Nach der Vernehmung des Zugführers William Thacker wurden die Verhandlungen bis heute vertagt. — Trotz des heftig strömenden Regens fand gestern das gewöhnliche „Christmas morning handicap-Wettschwimmen“ der Schwimm-Club statt, zu welchem sich etwa 400 Zuschauer eingefunden hatten. Von 23 angemeldeten Bewerbern waren 21 am Ende des Abschwimmens in Seepants-Fluß erschienen. — Der Lord-Kanzler hat im Hinblick auf die während der Weihnachtstage gedrängt vollen Schauspielhäuser an die Theater-Directoren eine Aufforderung ergehen lassen, die größte Sorgfalt zu beobachten, um Unglücksfälle, wie sie in New-York vorgekommen seien, hier unmöglich zu machen. — Die geographische Gesellschaft ernannte den regierenden König von Portugal zum Ehrenmitglied und den Professor Giglioli von Florenz, so wie den bekannten amerikanischen Consul Eugen Schuyler zu correspondirenden Ehrenmitgliedern. — Der Musiker G. F. Anderson, welcher unter drei aufeinander folgenden Herrschern, Georg IV., Wilhelm IV. und Victoria, die königliche Privat-

Kapelle leitete, ist vergangene Woche im Alter von 83 Jahren gestorben. — Zu den Besuchen der Königin während der jetzigen Saifon gehört auch der Sohn des Königs Theodor von Abyssinien. Er ist in einem gewissen Grade von der Königin adoptirt worden und sie gestattet ihm, während seiner Schulferien den königlichen Haushalt zu besuchen. Der junge Prinz, der in Ruaby studirt, ist sehr fleißig, soll aber bisher eben keine Proben von Verstandsschärfe abgelegt haben. — Großes Aufsehen macht im Lloyd die Ausweisung zweier Assecuradeure, weil sie den untergegangenen Dampfer „Windsor Castle“ nachträglich versichert haben, als ihnen der Unfall bereits bekannt war, obwohl diese Nachricht noch nicht zu einer öffentlichen geworden war.

Schweden.

Stockholm, 22. Dezbr. Zwischen der schwedischen und deutschen Telegraphen-Verwaltung ist ein neuer Vertrag abgeschlossen worden, der mit dem 1. Januar 1877 in Kraft tritt. Auffallend ist, dass Deutschland das Worttarifsystem für Telegramme nach hier adoptirt, während Schweden das alte System beibehält. Telegramme nach Deutschland kosten vom 1. Januar ab 3 Kronen und kommen die bisher üblichen verschiedenen Zonen in Wegfall.

Türkei.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Konstantinopel enthält das Conferenzprogramm als Schlussforderung die Anwerbung eines Gendarmercorps aus freiwilligen neutralen Staaten, welches von den Provinz-Gouverneuren befehligt, durch türkische Abzeichen kennlich gemacht und durch die Pforte oder durch die betreffenden Provinzen befoldet werden soll. Zufolge einer Depesche der „Daily News“ würde Ignatief die Summe der vorgelegten Forderungen als ein Ultimatum behandeln und die sofortige unverzügliche Annahme derselben und ihre Durchführung binnen drei Monaten nach Unterzeichnung des beigefügten Protocols verlangen.

Danzig, 29. Dezember.

* Vor dem hiesigen Criminalgericht stand gestern der ehemalige Amtsdienner Carl Julius Fischer aus Henne, angeklagt der Unterschlagung in amtlicher Eigenschaft empfangener Gelder. Fischer hatte im Auftrage des Amts-Vorsteigers zu Krakau von verschiedenen Einwohnern Schulstrafe in einem Gesamtbetrage von ungefähr 20 Tlern eingezogen und diese Beträge in seinem eigenen Nutzen verwendet. Als die Veruntreuung entdeckt wurde, begab F. sich nach Berlin, wurde aber dort verhaftet und dem hiesigen Gericht zugeführt. Den entstandenen Schaden hat er der betr. Amtskasse nachträglich erstattet. Mit Rücksicht hierauf folgte der Gerichtshof dem auf 8 Monate Gefängnis lautenden Antrage des Staatsanwalts nicht, sondern erkannte nur auf 4 Monate Gefängnis.

* Von einem Gutshofe zu Neuschottland wurde in den letzten Nächten durch zwei Arbeiter aus Biarzenberg ein ca. 150 Fuß langer, ca. 13 Fuß hoher Baum abgebrochen und geföhlt. Die Thäter sind gestern verhaftet worden.

Aus dem Straßburger Kreise, 27. Dezember, einige Amtsvorsteher im hiesigen Kreise solln mit der Absicht umgehen, ihr Amt als Amtsvorsteher im nächsten Jahre, nach dreijähriger Dienstzeit niederzulegen. Der Grund dazu soll hauptsächlich die mit dem Amt verbundene große Arbeitslast sein. — Seitdem die Nächte dunkel und das Wetter unangenehm geworden ist, hat der Schmuggel an der preußisch-polnischen Grenze in bedeutendem Maße zugenommen. Die besten Geschäfte machen dabei die an der Grenze wohnenden Kräger, bei ihnen versammeln sich die Schmuggler und warten die günstige Zeit ab, um die Waren über die Grenze zu passieren. Natürlich wird während des Wartens ein bedeutender Theil des gefährlichen Verbiestes vorausgespielt.

Großdanz, 27. Dezember. Trichinenhaltiges Schweinefleisch findet hier trotz seiner Gefährlichkeit Liebhaber. Ein trichinosches Schwein wurde von seinem Besitzer (Rentier Riese), den polizeilichen Vorschriften gemäß, vergrieben. Am Christabend wurde es jedoch von einigen Hungerleidern zu Tage gefördert und verpeist. (Wenn's nur gut bekommen wird.)

* Dem Proviantams-Controleur Wendt zu Röhrigsberg ist der Charakter als Rechnungsrath verliehen worden.

Inchriften an die Redaction.

Die Schließung des Bruches bei Fischerklampe.

Die Ausführung der ausgesprochenen Absicht, den bezeichneten Bruch schon jetzt zu schließen, könnte leicht Veranlassung werden, das über die unglückliche Gegend hereingebrochene Verderben über ein noch gröberes Territorium zu verbreiten. Die vorläufige Offenerhaltung dieses von der Natur eröffneten Ventils, ist dagegen das sicherste Mittel, die Überflutung und den durch sie angerichteten Schaden wenigstens zu lokalisieren.

Da dieser Bruch in den Ostwinkel des Haffes ausläuft, so hat er eine auf kürzerem Wege zu erreichende Ausmündung für die Nogat hergestellt, als sie bisher bestanden hat, also auch den Nogat selbst um so viel verkürzt. Dass diese Verkürzung die Gewässer, resp. Eisgänge, noch mehr als bisher in die Nogat hineinziehen muss, ist um so gewisser, als das neue Bruchterrain auch bedeutend tiefer liegt wie die Einlage und selbst sämmtliche anderen Nogatauslässe. Für diese noch mehr hinzukommende Überbürdung der Nogat bietet der Fischerklamper Bruch jetzt das einzige, aber auch entsprechende Aequivalent. Alle anderen Abflüsse sind, abgesehen davon, dass innerhalb derselben eine längere Strecke bis zum Haff zu durchlaufen ist, gegenwärtig durch Packeis — welches jetzt durch den Frost zu einer zusammenhängenden Eismauer verbunden wird — fest verrammt. Bei neuen Eisgängen, denen wir im Verlaufe dieses Winters noch verschiedene Male ausgegesetzt sein können, ist daher zu erwarten, dass, wenn der Fischerklamper Bruch geschlossen wird, die Kraft, welche erforderlich ist, die bisherigen, jetzt aber verrammten Abzüge zu räumen, größer sein dürfte als die, welche erforderlich ist, neue Dammbreche, und zwar oberhalb in das kleine oder große Marienburger Werder zu reißen. Ein so günstiger Bruch wie, abgesehen von dem Schaben, welchen er trotzdem herbeiführt, der Fischerklamper ist, kann sich nicht wieder ereignen, denn er ist an der zumeist unterhalb gelegenen, aber auch schmalsten Stelle zwischen Nogat und Elbingfluss gerissen. Alle Schäden, welche er an dieser Stelle anrichten kann, sind minder gefährlich, auch leichter zu redressiren, als weiter oberhalb entstehende Brüche. Irgendwo muss Wasser und Eis

aber doch bleiben, wenn der Frost aufhort und der Andrang wieder stärker wird.

Das einzige Mittel, die Nogat schon im Laufe des Winters zu entlasten, wäre, wenn es gelänge (!), durch Sprenge des Eises in der Weichsel, von Neufähr nach aufwärts und gleichzeitig unterhalb des Bieckler Canals, den Stopfungen in der getheilten Weichsel freien Abzug nach der See zu eröffnen. Aber selbst wenn dies gelänge, dürfte der Bruch dennoch nicht schon während des Winters geschlossen werden, weil die eintretenden Eisgänge wieder die kürzere Nogat aussuchen und demgemäß wieder unterhalb des Bieckler Canals wiederum verstopfen würden. Erst nach Vollzug des letzten der für diesen Winter noch bevorstehenden Eisgänge kann die Nogat ohne Schaden für die jetzt bedrohte Gegend, durch an der Weichselmündung und am Eingange des Bieckler Canals auszuführende Bauten derart entlastet werden, dass gleichzeitig mit dem Beginn derselben der Bruch bei Fischerklampe geschlossen werden darf. Dann aber müssen diese Bauten mit Energie im Laufe des nächsten Sommers ausgeführt werden, wenn wir den nächstfolgenden Winter nicht noch gröberes Unglück riskiren wollen.

Vermischtes.

Sagan, 25. Dezember. Das neue Bahnhofsgebäude ist heute ein Raub der Flammen geworden; namentlich sind die Empfangshalle niedergebrannt. Das Feuer entstand an den Köpfen der Luftheizung und riss mit solcher Rapide um sich, dass die Bewohner des Bahnhofs kaum das nackte Leben zu retten vermochten. Nur den angestrengtesten Bemühungen der Feuerwehr und der übrigen Rettungsmannschaften ist es gelungen, das Treppenhaus und die damit zusammenhängenden Räume zu erhalten.

Haag, 24. Dezbr. Am 21. Febr. n. J. als am zweituntersten Jahrestage des Hirschfelds Spinosa's, wird Ernest Renan hier einen Vortrag über den berühmten Philosophen halten.

* Ein gelehrter Forsther Pater Montfacon, hat dieser Tage dem „Gaulois“ aufzuge in einem alterthümlichen lateinischen Werke die Beschreibung des Tri-Eri gefunden. Die Tänzerinnen des Alterthums befestigten es an ihre Absätze, um hierdurch den beispielhaften und verwirrenden Värm vorzubringen.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

28. Dezember.

Schurten: Zahlmeister-Azpirant August Wilhelm Jung S. — Handelsmacher Rudolf Julius Klein S. — Maurer Friedrich Blehn T. — Arbeiter Josef Matthias Blawo T. — Arbeiter Johann Jacob Schulz S. — Arbeiter Albert Johann Behnke, 2 S. — Stromauster Emil Richard Mekmer T. — Schuhmacher Julius Gustav Heinrich Voigt T. — Arbeiter Franz Pfeilsti S. — Schmied August Julius Harder S. — Gelbgießer Adolf Schilling T. — Segelnäher Gustav Happke S. — Uneheliche Kinder: 4 Söhne, 1 Tochter.

Hetraten: Invalide Sergeant Jacob Kowalsky mit Anna Justine Wiedemann. — Wuhus Maximilian August Dost mit Auguste Wilhelmine Kober. — Maurer Alexander Wilhelm Friedrich Kröpfl mit Henriette Horn.

Todesfälle: Marie Auguste Mathilde Heinrich, geb. Messerschmidt, 41 J. — Schiffjunge Ernst Carl Georg Ferdinand Bahlke, 16 J., am 19. Februar 1876 auf der Reise mit dem Schiff Batavia von Melbourne nach Australien auf das Deck herabgestürzt. — S. d. Lohniders Julius Bode, 14 T. — T. d. Arb. Rob. Butt, todgeb. — T. d. Schuhmachers Carl Briesz, 5 W. — Anna Regine Krause, geb. Fiebler, 88 J. — Arb. Carl Benjamin Schimmi, 56 J. — Anna Reimer, geb. Hartmann, 84 J. — T. d. Arb. Joh. Gillmann, 8 M. — 1 unehel. M.

Schiffseitner.

Reinfahrwasser, 28. Dezbr. Wind: S.

Nachts in Sicht.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 28. Dezember

| Weizen | Pr. 4½ cent. | 104,10 | 104 |
| --- | --- | --- | --- |

<tbl_r cells="4" ix

Die Verlebung meiner einzigen Tochter
die Lucia mit Kaufmann Herrn Meyer
Schnelder aus Mewe beehre ich mich
hierdurch ergeben zu anzeigen.

Worms, den 27 December 1876.

Tobias Hirschberg.

Bekanntmachung des verstorbenen Obersten Carl
Beyer von Palauki am 31. d. M.
auf dem St. Salvatorkirchhofe Mittags
12 Uhr vom Leichthof Bahnhofe an.

Bekanntmachung.

An dem öffentlichen Wasserrohr in der
Lamendelgasse ist ein Schaden vorhanden,
dessen genauere Ermittlung und Beseitigung
nicht ohne Absperzung des Wassers erfolgen
kann. Es ist deshalb gestern das Wasser
für folgende Straßen: Johannigasse von
der Unterstraße bis zu den Dämmen, Bühl-
straße, zweite Pfarrgasse, Lamendelgasse und
Hägergasse (von der Lamendelgasse bis
zu den Dämmen) abgesperrt worden.

Der Magistrat, die Wasser-Deput.

Fuss. (7293)

Bekanntmachung.

In unsr. Register zur Eintragung der
Ausgliederung oder Aufhebung der ehemaligen
Gütergemeinschaft, ist heute sub No. 12
eingetragen worden, daß der Kaufmann
Julius Eduard Blaier hier selbst, für
seine Ehe mit Johanna Fein durch
gerichtlichen Vertrag vom 20. Novbr. 1876
die Gemeinschaft der Güter und des Er-
werbes ausgeschlossen hat.

Marienburg, den 18. Decbr. 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung (7296)

In dem Koncours über das Vermögen des
Cigarrenfabrikanten und Handels-
mannes Nathan Simon Nathan zu

Rautenburg

ist zur Annahme der

Forderungen der Concursgläubiger noch

eine zweite Frist bis zum 11. Januar 1877
einschließlich festgesetzt worden. Die Gläu-
biger, welche ihre Ansprüche noch nicht
angemeldet haben, werden aufgefordert,
dieselben, sie mögen bereits rechts-
hängig sein oder nicht, mit dem dafür ver-
langten Vorrecht bis zu dem gedachten
Tog: bei uns schriftlich od. r. zu Pro-
fess. anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der
Zeit vom 2. December 1876 bis zum Ablauf
der zweiten Frist angemeldeten Forderungen
ist auf

den 18. Januar 1877,

vor dem Commissar Drn. Kreis-Richter
Dr. Bank im Erwingszimmer No. 2 an-
beraumt, und werden zum Erscheinen in
diesem Termine die sämtlichen Gläubiger
aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb
einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Annahme schriftlich einreicht,
hat eine Abschrift derselben und ihrer An-
lagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in
seinem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß
bei der Annahme seiner Forderung einen
ein bisschen Orte wohnhaften oder zur
Kanzlei bei uns berichtigten ansässigen
Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten
angeben.

Wer dies unterläßt, kann einen Beschluss
aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-
gesehen worden, nicht annehmen. Denjenigen,
welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, wer-
den die Rechtsanwalte Müller und
Goerig hier selbst zu Sachwatern vorge-
schlagen.

Strasburg, den 18. December 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7361)

Bekanntmachung.

Der Koncours über das Vermögen des
Kaufmanns David David zu Flato w
ist durch Ausführung der Maße beendt.

Flato, den 16. December 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7255)

Bekanntmachung.

Die Anfertigung der gußeisernen Gegen-
stände für den Neubau zu 12 Retorten für
die hiesige Gasanstalt pr. pr. 39000 Kr. soll
in öffentlicher Submission vergeben werden.

Bekanntigte Offerten sind mit der Aufschrift

"Lieferung gußeiserner Gegenstände
für 12 Retorten"

versehen, bis zum 25. Januar 1877, Vor-
mittags 11 Uhr, auf der städtischen Gasanstalt
im Bureau des Director Hartmann abzugeben
und werden dienstl. um diese Zeit in Gegen-
wart der etwa erschienenen Offerten eröffnet.

Submissionsbedingungen und Zeichnungen
liegen im Bureau der Gasanstalt zur Einsicht
aus.

Königsberg, den 18. December 1876.

Magistrat

Königl. Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Artikels 17 un-
seres Statuts haben wir eine außerordent-
liche General-Versammlung auf

den 25. Januar 1877,

Vormittags 11 Uhr,

im Kaufmanns-Wahlhause hier selbst ange-
setzt. Wir laden dazu die Mitglieder un-
serer Gesellschaft mit dem Beitreten ganz
ergeben ein, daß die ausbleibenden durch
die Beschlüsse der anwesenden Mitglieder
mitverpflichtet werden.

Zur Berathung kommen:

1) die Beschlüsse der General-Versammlung
vom 15. November auf Abänderung des
Artikels 13 ad 1 und 2 des Statuts
und des §. 4 ad 2 Absatz 2, 12 und
44 des Gesellschafts-planes.

2) das Gesetz des Rittergutsbesitzers v.
Domsirski auf Hohenhof wegen
nachträglicher Bewilligung des ihm auf
Burkow Georgenhof entstandenen Brand-
schadens.

Stolp, den 4. December 1876.

Das Hauptdirectorium
der Mobiliar Brand-Versiche-
rungs-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Das den Erben nach dem verstorbenen
Rittergutsbesitzer Franz Louis Theodor
Giese gemeinschaftlich zugehörige Grund-

stück Adl. Neuvoirtwerk No. 39, gericht-
lich toxirt auf 261 500 Mark 80 Pf., wird
Theilungshälfte im Wege der freiwilligen
Substitution

am 19. Januar 1877,

Vormittags 12 Uhr,
an Ort und Stelle in Newvoirt verkauft
werden.

Der Grundbuchschein, die Tore und die
Raumsbedingungen können im 2. Bureau des
unterzeichneten Kreisgerichts eingesehen
werden.

Granden, den 18. Decbr. 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

II. Abtheilung. (6965)

Königliche Ostbahn.

Linie Insterburg—Prostken.

Submission auf Lieferung der für die
Strecke Insterburg—Goldap und Olsko-
bst erforderlichen 10 4000 Stück eichen-
en Bahn u. 3848 Weichenschwellen.

Termin

Montag, den 15. Januar 1877,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem technischen Bureau, Victoria-
strasse No. 4, hier selbst.

Die Offerten müssen mit der Aufschrift:
"Submission auf Schwellen Inster-
burg-Prostken" verlesen sein und recht-
zeitig an uns eingereicht werden.

Die Submission-Bedingungen liegen im
im Bureau zu Insterburg, Goldap, Olsko-
bst und Lys zur Einsicht aus, auch können die-
selben gegen Franco-Eisenbahn von 50 Pf.
pro Exemplar von unserem Bureau Vor-
sieber Eisenbahn-Secretair Padowski,
Victoriastrasse 4 hier selbst und den gedachten
Büroareans bezogen werden.

Bromberg, den 21. Decbr. 1876.

Königliche Direction der Ostbahn.

Bau-Abtheilung I. (7326)

7340)

Wir haben unsere hiesige
Brigade Herrn Dr. Kahn
übertragen und bitten, daß
uns so reichlich geschenkte Ver-
trauen auch ihm zu Theil
werden zu lassen.

Dr. H. Wiede,
Frau Dr. E. Wiede,
geb. Fooking.

Ich wohne Hundegasse 111.
Dr. Kahn,
American dentist.
7243)

Neujahrs-Karten

wie bekannt die grösste Ausstellung.
Unter all den vielen Karten, hebe
besonders die Transparent, Jalousie, feinst
Silberdruck-Karten u. hervor.

Um genug Zuspruch bitten

J. L. Preuss,

Potheckengasse 3.

N.B. Mein Lager dauerhafter, guter u.
el-geantler Ware, Wiener, Berliner,
Öffentlicher, Englischer und eigenes Fa-
bricat, bringe höchst in Erinnerung.

Der dies unterläßt, kann einen Beschluss

aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor-
gesehen worden, nicht annehmen. Denjenigen,
welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, wer-
den die Rechtsanwalte Müller und
Goerig hier selbst zu Sachwatern vorge-
schlagen.

Strasburg, den 18. December 1876.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (7361)

Gummli.

Wir empfehlen unsere hiesigen Gumm-
Scher-Artikel für grössere Gesellschaften, bei
welchen auch Damen teilnehmen, und kann
man einen grossen Scher damit machen.

Collectionen von 10—15 Kr. durch

die bekannte Firma

A. Hirschmann & Co., Hamburg.

Pawlikowski's

Hôtel.

Bromberg.

Einem hochgestellten reisenden Publikum
gege ih hiermit ergeben ist,
dass ich das hierorts belegene Hotel
Pawlikowski übernommen habe und
dass ich vollständig neu renovirt am
1. Januar 1877 eröffne.

Es wird mein Bestreben se'n, daß
mich ehrende Publikum durch auf-
merksame und solide Bedienung in
jeder Beziehung zufrieden zu stellen
und halte ich mein neues Unternehmen
in der Gunst eines hochgeehrten reisenden
Publikums bestens empfohlen.

Hochachtungsvoll

Franz Sadzikowski.

Bromberg, 24. Decbr. 1876.

Billard-Fabrik

von

Carl Volkmann & Co.,

Berlin und Danzig.

empfiehlt ihr reichhaltiges Lager neu konstruirter

Billards

in allen Facons, also auch sechs- und acht-
eckige, sowie

patentirte Tisch-Billard

welche zugleich als Speisetafel für 24—30

Personen dienen, und

alle zum Billard gehörigen

Utensilien

zu sehr solden Preisen.

Gutes Dichtwerg

offenbart billigt

S. A. Hoch,

Askaniegasse 29.

In der Wollwebergasse sind für eine

große Conditorei

komplett eingerichteter Laden, Wohnung und

Kellerraum m. Backofen z. verm. Offerten

erbeten in d. Exped. d. Btg. unter Nr. 7333.

Stolp, den 4. December 1876.

Das Hauptdirectorium

der Mobiliar Brand-Versiche-
rungs-Gesellschaft.

Bekanntmachung.

Das den Erben nach dem verstorbenen

Rittergutsbesitzer Franz Louis Theodor

Giese gemeinschaftlich zugehörige Grund-

stück Adl. Neuvoirtwerk No. 39, gericht-
lich toxirt auf 261 500 Mark 80 Pf., wird

Theilungshälfte im Wege der freiwilligen

Substitution

am 19. Januar 1877,

Vormittags 12 Uhr,

an Ort und Stelle in Newvoirt verkauft
werden.

Der Grundbuchschein, die Tore und die
Raumsbedingungen können im 2. Bureau des

unterzeichneten Kreisgerichts eingesehen
werden.

Granden, den 18. Decbr. 1876.

Königliches Kreis-Gericht.

</